

Presseinformation

Kiel, den 28.01.2011

Es gilt das gesprochene Wort

Flemming Meyer

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

TOP 49 Zukunftsperspektiven der jungen Generation in Schleswig-Holstein Drs. 17/893, 1145

Auf den ersten Blick sind die Ergebnisse der 16. Shell-Jugendstudie ja durchaus positiv zu bewerten: Trotz der Wirtschaftskrise und der vielen düsteren Prognosen scheint die junge Generation den Mut nicht zu verlieren und ihre Zukunftschancen optimistisch zu beurteilen. Schaut man etwas genauer hin, muss man allerdings feststellen, dass sich die bestehenden sozialen Unterschiede über viele Bereiche hin sogar verstärken. Und leider geht es hier um einen relativ großen Teil der Kinder und Jugendlichen im Land. Nach Aussage des Studienleiters zählen circa zehn bis fünfzehn Prozent der jungen Menschen in Deutschland zur Gruppe der „sozial Abgehängten“, die ihrer Zukunft pessimistisch entgegensehen.

Unserer Meinung nach ist diese Zahl nicht nur besorgniserregend, sie fordert auch dazu auf, diese Situation zu verändern. Nicht zuletzt weil mit der Shell-Jugendstudie konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik verbunden sind, ist die Frage nach der Bedeutung dieser Ergebnisse für Schleswig-Holstein mehr als berechtigt. Und dies gilt selbstverständlich

besonders für die Frage nach den Maßnahmen, die aus Sicht der Landesregierung nötig sind, um zum Beispiel das Auseinanderdriften der sozialen Milieus zu verhindern.

Nach Meinung des SSW folgt aus der Studie vor allem eins: Es ist eine der dringlichsten Aufgaben der Politik, für weitestgehend gleiche Bildungschancen aller Kinder zu sorgen! Denn die Ergebnisse zeigen eindeutig, dass der Bildungserfolg – und damit letztlich auch die positiven Lebensbedingungen - noch viel zu sehr von der jeweiligen sozialen Herkunft der Kinder und Jugendlichen abhängen. Wer aus einer Familie stammt, in der die Eltern keine oder nur eine geringe Berufsausbildung haben, hat auch selbst geringere Zukunftschancen. Die Shell-Jugendstudie belegt eindrucksvoll, dass die jungen Menschen, die der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht angehören, ihre Chancen auch entsprechend negativ beurteilen. Und hier handelt es sich nicht etwa um einen kleinen Teil, sondern um fast ein Viertel der befragten 12- bis 25-Jährigen.

Besonders alarmierend ist der Befund, dass sich die eher pessimistische Einstellung und das mangelnde Vertrauen in das persönliche Umfeld bei dieser Gruppe durch fast alle untersuchten Bereiche zieht und damit auch die allgemeine Zufriedenheit im Leben sinkt: Während fast drei Viertel der Jugend im Allgemeinen Zufrieden ist, sind es mittlerweile nur noch 40 Prozent bei denen, die aus weniger privilegierten Verhältnissen stammen. Eine solche Entwicklung, in der sich die bestehenden Unterschiede tendenziell verstärken und junge Menschen aus sozial benachteiligten Familien zunehmend resignieren, ist ganz einfach nicht hinnehmbar. Gerade ihnen muss der Zugang zu den Bildungseinrichtungen und der Aufstieg durch gleiche Bildungschancen erleichtert werden. Denn hier liegt der Schlüssel für den beruflichen und persönlichen Erfolg und damit auch für positive Lebensbedingungen der jungen Generation.

Auch im Bericht der Landesregierung werden die bestehenden Probleme erwähnt und ihre Bedeutung für die Zukunftsperspektiven der jungen Menschen in Schleswig-Holstein anerkannt. Wenn es aber um die Herausforderungen und die konkrete Lösung dieser Probleme

geht, kommt die Regierung kaum über Lippenbekenntnisse hinaus. So reicht zum Beispiel der bloße Verweis auf einen erweiterten Bildungsauftrag für die Kindertageseinrichtungen oder der Hinweis auf die kommunale Bildungsvernetzung aus unserer Sicht nicht aus. So richtig diese Ansätze auch sein mögen: Spätestens beim Blick auf den Alltag in Kitas und Schulen wird deutlich, wie weit wir von wirklich gleichen Chancen im Bildungssystem entfernt sind.

Nehmen wir zum Beispiel den Bereich der frühkindlichen Bildung, der bei der Herstellung von Chancengerechtigkeit eine besonders wichtige Rolle spielt: Hier weisen die Kollegen von CDU und FDP zwar immer wieder darauf hin, dass dieser unter ihrer Regierung gestärkt wird. Vor dem Hintergrund der Änderungen des Kindertagesstättengesetzes und der allgemeinen Kommunikation mit den Trägern der frühkindlichen Bildungseinrichtungen fällt es mir persönlich aber schwer, dies nachzuvollziehen. Der SSW kann in der Abschaffung des beitragsfreien Kitajahres beim besten Willen keine Stärkung der frühkindlichen Bildung und vor allem keine Verbesserung der Chancengerechtigkeit erkennen. Ganz im Gegenteil: Besonders die Kinder von Geringverdienenden und Hartz-IV-Empfängern sind durch diese Maßnahme betroffen und benachteiligt. Dabei haben doch gerade sie den Besuch einer Kita am nötigsten.

Nicht zuletzt durch den erweiterten Bildungsauftrag kommt den Mitarbeitern in der frühkindlichen Förderung die wichtige Aufgabe zu, die Kinder in ihren Stärken zu unterstützen und ihre Schwächen auszugleichen. Hierzu müssen wir die Erzieherinnen und Erzieher aber auch durch Fortbildungen und durch vertretbare Gruppengrößen in die Lage versetzen. Auch die geplante Umstellung der Landeskitafinanzierung auf die so genannte Subjektförderung und die Unruhe, die diese Umstellung begleiten, sehen wir – aber vor allem auch Eltern, Träger und Mitarbeiter - mit großer Sorge.

Eine Verbesserung der Gesamtsituation, hin zu einem wirklich hochwertigen Betreuungsangebot für eine größere Zahl von Kindern, ist vor diesem Hintergrund wohl kaum

zu erwarten. Dabei sollte jedem klar sein, dass die Angebote im frühkindlichen Bildungsbereich erweitert, der Ausbau vorangetrieben und auch eine einheitliche Sozialstaffel eingeführt werden muss. Denn nur so kann der Zugang zu den Einrichtungen unabhängig von der finanziellen Situation des Elternhauses sichergestellt werden. Und wir kämen endlich dem Ziel ein Stück näher, gleiche Startchancen für alle Kinder im Land zu schaffen. Ob wir dieses Ziel erreichen, kann doch nicht vom guten Willen der Regierung oder von der Kassenlage abhängen: Der SSW sieht hier eine bildungs- und sozialpolitische Notwendigkeit.

Auch für den Schulbereich hat die Landesregierung auf viele Fragen, die die Shell-Jugendstudie aufwirft, keine passende Antwort. Natürlich gab und gibt es auch hier begrüßenswerte Ansätze, wie zum Beispiel die verstärkte individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Leider entfernen wir uns aber mit den aktuellen Änderungen des Schulgesetzes wieder vom übergeordneten Ziel, gleiche Chancen für alle Kinder und eine größtmögliche Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erreichen. Es werden wieder mehr Möglichkeiten geschaffen, Schüler nach ihrem Leistungsniveau zu trennen und damit zu Schubladisieren. Dies ist aus unserer Sicht der völlig falsche Ansatz, denn sowohl leistungsstarke und leistungsschwache Schülerinnen und Schüler profitieren vom gemeinsamen Unterricht.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Der SSW sieht in der Bildung die zentrale Voraussetzung für die Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. Damit alle Menschen die Möglichkeit haben, die hierfür notwendigen Fähigkeiten zu entwickeln, muss ganz einfach Chancengerechtigkeit innerhalb des Bildungssystems bestehen. Misst man den vorliegenden Bericht der Landesregierung zu den Zukunftsperspektiven der Jungen Generation an diesem zentralen Ziel, fällt eines besonders auf: Gerade die Angebote, die am ehesten zur Erreichung beitragen, haben bei weitem nicht die nötige Priorität- und sie stehen oftmals unter Finanzierungsvorbehalt. Allein der Schlusssatz des Berichts zeigt dies in aller Deutlichkeit: Hier wird darauf hingewiesen, dass sich alle zukünftigen Anstrengungen, um Chancengerechtigkeit und positive Lebensbedingungen für alle Kinder, Jugendlichen und

deren Familien zu schaffen, „im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel“ bewegen müssen.

Um dem Problem der auseinanderdriftenden sozialen Milieus beizukommen und die Situation der weniger privilegierten jungen Menschen zu verbessern, ist daher ganz offensichtlich ein Umdenken erforderlich: Bildung muss für uns in Zukunft einfach höhere Priorität haben. Durch sie entstehen Chancen und Perspektiven für die nachwachsenden Generationen. Und durch sie erhalten wir unsere Gesellschaft zukunftsfähig.